

12.03.13: Beiratsmitglieder von SPD und LINKE sowie Agnes Alpers, MdB, unterstützen auf einem Treffen der Mieterinnen und Mieter die Gründung der Mieterinitiative, die am gleichen Abend ein gemeinsames Vorgehen gegen die Mieterhöhungen beschließt. Daraufhin ziehen viele ihre bereits erteilte Zustimmung zur Mieterhöhung zurück.

März 2013: Das Ortsamt ernennt den ehemaligen Schulleiter Peter Lankeau zum Moderator für gemeinsame Gespräche der BreBau und den Mieterinnen und Mietern.

14.03.13: Antwortbrief der BreBau an Agnes Alpers, MdB, Fraktion DIE LINKE

24.03.13: Die BreBau berichtet von einem „internen Abstimmungsprozess“, will aber kein gemeinsames Gespräch mit der Mieterinitiative führen.

**10.04.13: Presseerklärung der BreBau: die Mieterhöhung wird aus sozialen Gründen auf maximal acht Prozent begrenzt.**

23.04.13: Vertreterinnen der Mieterinitiative berichten auf der Fraktionssitzung der LINKEN, dass bis heute kein gemeinsames Gespräch stattgefunden hat. DIE LINKE Findorff wird die Mieterinitiative weiter bei ihrem Anliegen unterstützen, die vielen baulichen Mängel zu beseitigen und eine Transparenz der Mietpreisgestaltung zu erreichen.



**„Wir setzen uns gemeinsam mit Mieterinnen und Mietern dafür ein, dass Wohnen für alle bezahlbar ist. Nebenkosten belasten zusätzlich immer mehr. Die Erhöhung der Müllgebühren sind unsozial und müssen zurückgenommen werden!“**

[www.agnes-alpers.de](http://www.agnes-alpers.de)

# **DIE LINKE.** *informiert*

## **Fraktion im Beirat Findorff**

Liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger,

Die gemeinsame Findorffer Website [www.findorff.de](http://www.findorff.de), die der Beirat zusammen mit den Geschäftsleuten betreiben will, wird von uns tatkräftig unterstützt. In ihr soll all das zu finden sein, was in Findorff los ist, was der Beirat diskutiert, plant und beschließt und welche Vorstellungen die politischen Parteien in Findorff vertreten. Sie steht kurz vor der Vertragsunterzeichnung, ist aber immer noch nicht online.

Bis dahin wollen wir Sie auf diesem Wege über wichtige Findorffer Themen informieren.

### **Zur Wohnungspolitik:**

**„Die Politik hat das Menschenrecht auf Wohnen dem freien Markt überlassen“**

Joachim Barloschky, Vertreter des Bremer Aktionsbündnisses  
„Menschenrecht auf Wohnen“ auf der Beiratssitzung am 19.2.2013

Ganz aktuell möchten wir Sie über unseren Antrag im Beirat gegen die Müllgebührenerhöhung der Ein-Personen-Haushalte informieren. Der Beirat wollte ihn auf der letzten Sitzung (noch) nicht behandeln, schloss sich dann aber einer Erklärung der Gröpelinger Beiräte an, die das Thema auf einer Gesamtbeirätekonferenz besprechen möchten. Unser Antrag wurde vom Beirat Findorff angenommen.

Außerdem haben wir eine kleine Chronik über den Widerstand der Findorffer Mieterinnen und Mieter gegen die 20-prozentige Mieterhöhung der BreBau aufgestellt.

## **Die Fraktion DIE LINKE im Beirat Findorff stellt folgenden Antrag:**

### **Der Beirat möge beschließen:**

Der Beirat Findorff spricht sich gegen die ab 2014 geplante Erhöhung der Müllgebühren aus.

1. Die geplante Erhöhung um bis zu 40 Prozent für Ein-Personen-Haushalte trifft viele Rentnerinnen und Rentner und Geringverdienende, deren Einkommen/Rente stagniert und oft nicht einmal in Höhe der Inflationsrate ausgeglichen wird.
2. Im Gegensatz dazu sichert die bestehende Kostenstruktur der Müllentsorgung der Firma Nehlsen jährlich eine Erhöhung der Mittel in Höhe der Inflationsrate zu.

### **Der Beirat Findorff fordert den Senat auf,**

1. die bestehende Gebührenstaffelung entsprechend der Anzahl der Personen in einem Haushalt beizubehalten, Nachbarschaftszusammenschlüsse bei der Müllentsorgung zu fördern, um Kosten für Einwohner und Entsorgung zu senken,
2. mit der Firma Nehlsen im Sinne einer Beitragsstabilität nachzuverhandeln und
3. nach Auslauf der Entsorgungsverträge mit Nehlsen 2018 die Abfallwirtschaft wieder zu rekommunalisieren.

In einer öffentlichen Beiratssitzung soll je ein oder eine Vertretung der Umwelt-Behörde, der ENO, der Firma Nehlsen sowie ein Mitglied des Betriebsrates der Firma Nehlsen den Bürgerinnen und Bürgern unseres Stadtteils über die Kostenstruktur der Müllentsorgung informieren, um Transparenz über die Einnahmen und Ausgaben der von den Bürgerinnen und Bürgern eingekommenen Gebühren herzustellen.

## **Chronik: MieterInnen der BreBau in Findorff wehren sich erfolgreich gegen Mieterhöhungen**

Anfang Februar: 370 Mieterinnen und Mietern kündigt die BreBau schriftlich an, dass sie die Mieten um bis zu 20 Prozent ab 1. April ohne Sanierung erhöht. Die BreBau verlangt Mietsteigerungen bis zu 84 Euro monatlich für ehemalige Sozialwohnungen. Die Mieterinnen und Mieter sind empört und wollen der Erhöhung nicht zustimmen.

Mieterinnen sammeln über 200 Unterschriften für einen Brief an den Geschäftsführer der BreBau.

12.02.13: Der Mieterverein Bremen hält die von der BreBau angekündigten Mieterhöhungen in Findorff für nicht gerechtfertigt.

19.02.13: 150 engagierte Mieterinnen und Mieter kommen in der Sitzung des Beirats Findorff. Der Beirat Findorff fordert auf Antrag der LINKEN die BreBau einstimmig auf, die „unsozialen 20 Prozent Mietsteigerungen“ zurückzunehmen.

26.02.13: Öffentliche Fraktionssitzung der LINKEN zum Thema: „Mietwucher in Findorff“ mit interessierten Mieterinnen und Mietern.

04.03.13: SPD Findorff - Veranstaltung zu Mieterhöhungen und Wohnungsmangel

05.03.13: Bauausschusssitzung des Beirats mit Besuch von Agnes Alpers, MdB, aus Findorff. Die BreBau hat die Mieterhöhungen nur in wenigen Einzelfällen zurückgenommen. Die Mieterinnen und Mieter wollen sich weiter gemeinsam wehren. Agnes Alpers verspricht, sich persönlich für die Rücknahme der Mieterhöhungen einzusetzen. Der Bauausschuss schlägt einen Vermittler vor.

11.03.13: Agnes Alpers, MdB, fordert in einem Brief an den Bremer Bürgermeister und alle im Vorstand der BreBau politisch Verantwortlichen die Rücknahme der Mieterhöhungen.